

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Bei Haus- und Wohnungsendung 1,80 RM. wöchentlich 40 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen, Vorkosten und unter Umständen zu jeder Zeit werden an die Redaktion der Wilsdruffer Zeitung, Postfach 100, Wilsdruff, Dresden, geschickt. Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8 Spaltenreihen 20 Pf., die 4 Spaltenreihen 15 Pf., die 2 Spaltenreihen 10 Pf., die 1 Spaltenreihen 5 Pf. Nachweisungsgebühr 20 Pf. Nachweisungsgebühr 20 Pf. Nachweisungsgebühr 20 Pf. Nachweisungsgebühr 20 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 85 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Dienstag, den 12. April 1932

Lehren aus dem Wahlkampf.

Der 10. April ist Geschichte geworden. Wenn man zurückblickt auf das Ergebnis dieses Tages, einmal alles Parteipolitische beiseiteschiebt, so darf man vielleicht sagen, daß sich an jenem Tage etwas in Deutschland wahlpolitisch gezeigelt hat, was man in England als das Zweiparteiensystem bezeichnen könnte. Das Ausland hat oft und nur mit teilweiser Berechtigung gesprochen von den „beiden“ Deutschland. Bei der Wahl ging es aber überhaupt nicht um politische Programme irgendwelcher Partei, sondern nur um Persönlichkeit. Diese waren entscheidend und führten die Entscheidung herbei.

Man hat Volkswahlen auch oft als ein Barometer der Volkstimmung bezeichnet. Die Reichsregierung wird sehr scharf danach sehen, was dieses Barometer anzeigt. Wenn man auf das englische Vorbild zurückgreifen darf, so muß man aber auch verzeichnen, daß dort der Opposition breiterer Raum gelassen wird. Nicht nur im Parlament kann sich diese Opposition zur Geltung bringen, sondern absichtlich öffnet englische Regierungsweisheit alle Ventile, durch die die Wünsche der Opposition geltend machen können. Davon könnte man in Deutschland einiges profitieren. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse hat mit dem Reichsinnenminister eine Besprechung gehabt, auf der die Rücksicht auf parteipolitische Einstellung die schweren Bedenken der deutschen Presse gegen die tatsächliche Auswirkung der Pressenotverordnung zur Sprache gebracht worden sind. Der Druck im Kessel wird nicht dadurch besser und geringer, wenn man die Ventile zuschraubt. Am 24. April wird in zwei Dritteln des Deutschen Reiches wiederum eine Wahl erfolgen, wird sich also wiederum die Volkstimmung in der Wahlzelle zum Ausdruck bringen. Die Vertretung der deutschen Presse ist sich durchaus dessen bewußt, daß der Staat in Notzeiten besondere Abwehrmaßnahmen notwendig hat. Andererseits kann aber eine Reichsregierung, die von der Zweckmäßigkeit ihres Handelns überzeugt ist, es nur begrüßen, wenn an diesem Handeln auch eine sachliche Kritik geübt wird. Gerade in Wahlzeiten ist es notwendig, das Ventil weiter zu öffnen, um dem Ausdruck zu geben, was stimmungsgemäß in den Wählermassen wirkt und lebendig ist. Die Demokratie hat dies früher doch immer gefordert. Werden nun plötzlich die Grundzüge gewechselt, weil es so zweckmäßig erscheint? Im Reich und für das Reich hat das Ergebnis des 10. April eine klare Entscheidung gebracht; am 24. April werden aber für Preußen, Anhalt, Bayern und Württemberg, also für einen Großteil Deutschlands nicht minder wichtige Entscheidungen politischer Art getroffen werden. Gerade darum, weil sich die führenden politischen Kreise in Deutschland ihrer geschichtlichen Verantwortung durchaus bewußt sind, ist das Ersuchen der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse an den Reichsinnenminister eine, um mit Goethe zu sprechen, Förderung des Tages, der deutschen Presse die Sicherheit der Arbeit und Freiheit wiederzugeben, deren sie sich für die Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben gerade in heutiger Zeit bedarf.

Wenn man sich von dem rein zahlenmäßigen Ergebnis der Wahl des 10. April entfernt, wird man auch dazu kommen, das Ergebnis zu werten. Es heißt dieser Wertung nicht vorgreifen, wenn man schon heute sagt, daß die 14 Millionen Stimmen, die für Hitler abgegeben worden sind, nicht verloren sein sollen. Auch darin kommt nicht bloß eine Stimmung, sondern eine politische Willensbildung innerhalb des deutschen Volkes zum Ausdruck. Dem will und wird auch die deutsche Presse nachfühlen. Man macht das Wetter nicht dadurch besser, daß man das Barometer festschraubt!

Kommt eine Regierungsumbildung?

Das Reichskabinett wieder an der Arbeit.
Der Reichskanzler bot bei seinem ersten Vortrag nach der Wahl dem Reichspräsidenten von Hindenburg entsprechend der Gepflogenheit aus Anlaß der Wiederwahl des Reichspräsidenten den Rücktritt des Kabinetts an. Reichspräsident von Hindenburg ersuchte den Reichskanzler, von diesem Rücktritt abzusehen. Bei diesem Schritt Brüning handelte es sich in der Hauptsache um eine Formalität. Meinungen über eine unmittelbar bevorstehende Regierungsumbildung als Folge der Präsidentenwahl entsprechen nicht den Tatsachen, sie eilen den Ereignissen zum mindesten erbedlich voraus. Eine spätere Umbildung des Kabinetts wird aber in politischen Kreisen nicht für unwahrscheinlich gehalten in der Form, daß man die beiden nichtbelegten Ministerien des Inneren und Äußeren besetzt, und zwar wird für das Reichsinnenministerium in erster Linie Dr. Goerdeler, für das Außenministerium Staatssekretär v. Göllo genannt. Die Entscheidungen dürften aber nicht vor Anfang Mai fallen. Die Gerüchte über einen Rücktritt des Staatssekretärs Reichner sind völlig aus der Luft gegriffen. Staatssekretär Dr. Reichner genießt nach wie vor das volle Vertrauen des Reichspräsidenten und bleibt daher auch im Amt.
Das Reichskabinett wird sich sofort mit den Vor-

Die Hochflut der Konferenzen

Wieder einmal Abrüstungskonferenz.

Neue amerikanische Vorschläge.
Der französische Ministerpräsident Lardieu und der englische Außenminister Simon sind in Genf eingetroffen. Die Führer der übrigen 60 Abordnungen der Abrüstungskonferenz sind gleichfalls vollzählig nach Genf zu der Wiederaufnahme der Arbeiten der Abrüstungskonferenz zurückgekehrt.

Die Verhandlungen der Konferenz begannen in vollem Umfang in dem Hauptsaal, in dem jetzt eine allgemeine Aussprache über sämtliche Grundzüge der mit dem Artikel 1 des Abkommensentwurfes zusammenhängenden Fragen einsetzte. Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson hat den Wunsch geäußert, daß vor allem die Großmächte jetzt zu den einzelnen Fragen der Abrüstung, insbesondere dem Grundgedanken der endgültigen und vollständigen Abrüstung und der Rechtsgleichheit anderer Staaten Stellung nehmen.

Von amerikanischer Seite wird mitgeteilt, daß Botschafter Gibson im Hauptsaal in einer großen Rede den Standpunkt der amerikanischen Regierung zur Abrüstungsfrage und neue, eingehende Abrüstungsvorschläge vorbringen wird, die sodann nach dem Ende der Woche erwarteten Eintreffen des Staatssekretärs Stimson sachlich zur Verhandlung gelangen sollen.

Amerika für den Sicherheitsgedanken.

Ein neuer amerikanischer Abrüstungsvorschlag.
Die Genfer Abrüstungskonferenz begann ihre Arbeiten im Hauptsaal mit der Entgegennahme der vom amerikanischen Botschafter Gibson angekündigten neuen Abrüstungsvorschläge. Gibson forderte zunächst im Namen seiner Regierung die vollständige und sofortige Abschaffung der schweren Artillerie, der Tanks und der chemischen Waffen.

In dem amerikanischen Entschließungsentwurf heißt es, daß sämtliche Mächte der Welt die gleichberechtigten Befürchtungen hinsichtlich der Verteidigung ihres Territoriums empfinden, daß viele Staaten gegenwärtig von dem Gefühl des drohenden Angriffs durch ihre Nachbarn beherrscht seien und daß die Abschaffung der Angriffswaffen der entscheidende Schritt zur Herstellung des allgemeinen Sicherheitsgefühls sei.

- Die amerikanischen Vorschläge.
1. Die Hauptangriffswaffen, schwere Artillerie, Tanks und chemische Waffen als solche sollen abgekauft werden.
 2. Der Landabrüstungsausschuß wird beauftragt, einen Plan über die Klassifizierung der Geschütze mit Kalibern über 155 Millimeter und der Tanks sowie der Gaswaffen aufzustellen.
 3. Die Staaten verpflichten sich, diese Angriffswaffen im Kriegsfall nicht zu benutzen.
 4. Der Politische Ausschuß wird beauftragt, die endgültige Entschlebung auszuarbeiten und dem Hauptsaal bis binnen einer Woche zur Durchberatung vorzulegen.

Gibson unterstrich in seiner großen Rede, daß das Problem der Sicherheit im Mittelpunkt der Abrüstungsverhandlungen stünde. Obwohl das amerikanische Volk bisher wenig Sympathie für den Sicherheitsgedanken gehabt habe, sei jedoch die amerikanische Regierung zu der Überzeugung gekommen, daß eine Lösung des Abrüstungsproblems nur auf dem Wege der Lösung der Sicherheitsfrage zu erreichen sei. Die Abschaffung der Angriffswaffen würde eine wesentliche Verminderung der Heereshaushalte ermöglichen.

Die Aussprache beginnt.
Der englische Außenminister Simon erklärte voll-

bereitungen für den neuen Reichshaushalt befassten. An den Beratungen nimmt auch Reichskanzler Brüning teil.

Am Donnerstag wird Reichskanzler Brüning nach Genf reisen, wo er voraussichtlich etwa zehn Tage bleiben dürfte. Wie an zuständiger Stelle bestätigt wird, ist vor der Rückkehr des Reichskanzlers unter seinen Umständen mit einer Änderung innerhalb des Reichskabinetts zu rechnen. Es werden auch Zweifel geäußert, ob nach dem Beginn der neuen Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg eine Umbildung bzw. Ergänzung des Kabinetts ratsam sei. Das dürfte im Hinblick auf die bevorstehende Lausanner Konferenz insbesondere für den Posten des Außenministers gelten.

Hindenburgs Dank.

Reichspräsident von Hindenburg erläßt aus Anlaß seiner Wiederwahl folgende Kundgebung an das deutsche Volk:

händige Übereinstimmung der englische Regierung mit den Vorschlägen der amerikanischen Regierung. Die Abrüstungskonferenz stehe damit vor einem endgültigen und praktischen Vorschlag.

Der schweizerische Bundespräsident Motta bezeichnete den amerikanischen Vorschlag als den Weg zur Lösung des Sicherheitsproblems durch Beseitigung der Angriffswaffen.

Deutschland und der Abrüstungsvorschlag.
Botschafter Radokun erklärte, die deutsche Regierung lege in den Verhandlungen entscheidenden Wert auf die Feststellung, daß ein befriedigendes Ergebnis der Abrüstungskonferenz niemals in einer Abgrenzung, sondern nur in einer entscheidenden Verzahnung der Rüstungen erblickt werden könne. Er stellte mit Nachdruck fest, daß die These der amerikanischen Regierung, Sicherheit durch Abschaffung der Angriffswaffen zu schaffen, in voller Übereinstimmung mit dem deutschen Standpunkt stünde. Die deutsche Abordnung schloß sich weitestgehend dem amerikanischen Vorschlag unter der Voraussetzung an, daß dieses nur einen ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung bedeute. Wenn der amerikanische Vorschlag das einzige Ergebnis der Abrüstungskonferenz darstellen würde, so würde die Welt mit Recht mit einer derartigen Lösung nicht zufrieden sein. Die deutsche Regierung werde sich nicht mit einer Lösung des Abrüstungsproblems zufrieden geben, die sich lediglich auf die Abschaffung der Angriffswaffen beschränke. In diesem Sinne begrüße die deutsche Abordnung die amerikanischen Vorschläge und sei bereit, an ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten.

Italien stimmt dem amerikanischen Vorschlag zu.
Der erwartete Gegenstoß von französischer Seite gegen die neuen amerikanischen Abrüstungsvorschläge erfolgte in einer von Lardieu abgegebenen Erklärung, die diese als ungenügend bezeichnete, da sie lediglich Landwaffen berücksichtigte und keinerlei Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen enthielt. Lardieu lehnte eine Einzelbehandlung der amerikanischen Vorschläge ab und forderte deren Behandlung zugleich mit den französischen Vorschlägen. Auf diese Weise dachte Lardieu, die sofortige Durchberatung und Annahme der amerikanischen Abrüstungsvorschläge unmöglich zu machen, und hat die Annahme der amerikanischen Vorschläge von der Annahme der französischen Sicherheitsvorschläge abhängig gemacht.

Der Vorstoß rief unverzüglich den Vertreter der italienischen Regierung, General Cavarelo, auf den Plan, der die volle Zustimmung der italienischen Regierung zu den amerikanischen Vorschlägen erklärte.
Der Hauptsaal beschloß, die amerikanischen Vorschläge gemeinsam mit sämtlichen in gleicher Richtung liegenden Anträgen zunächst im Präsidium zur Verhandlung zu stellen.

England und die amerikanischen Vorschläge. — Ausdehnung auf die See- und Luftabrüstung.
Genf, 11. April. Von maßgebender englischer Seite wird erklärt, daß der englische Außenminister Simon über die neuen amerikanischen Abrüstungsvorschläge vorher nicht verhandelt worden war; jedoch habe die englische Regierung in den letzten Tagen eingehend über praktische Abrüstungsvorschläge beraten, die in der gleichen Richtung liegen wie die amerikanischen Vorschläge. Aus diesem Grunde habe der englische Außenminister ohne Rücksicht in London die sofortige Zustimmung der englischen Regierung zu den amerikanischen Vorschlägen erkl-

„Mit Dank für das mir von dem deutschen Volk erneut bewiesene Vertrauen und mit dem Bewußnis, auch weiterhin mit meiner ganzen Kraft dem Vaterlande und dem deutschen Volke zu dienen, nehme ich die auf mich gefallene Wiederwahl zum Reichspräsidenten an. Getreu meinem Eide werde ich mein Amt weiterführen im Geiste der Überparteilichkeit und der Gerechtigkeit, mit dem besten Willen, unserem Vaterlande zur Freiheit und Gleichberechtigung nach außen, zur Einigung und zum Aufstieg im Innern zu verhelfen. An alle deutschen Männer und Frauen, an diejenigen, welche mir ihre Stimme gaben, wie an die, welche mich nicht gewählt haben, richte ich die Mahnung: laßt nun den Hader ruhen und schließt die Reihen! So wie schon einmal bei meinem Amtsantritt vor sieben Jahren fordere ich auch heute unser ganzes deutsches Volk zur Mitarbeit auf. Die Zusammenfassung aller Kräfte ist notwendig, um der Wirren und Nöte unserer Zeit Herr zu werden. Nur wenn wir zusammenstehen, sind wir stark genug, um unser Schicksal zu meistern. Darum: In Einigkeit vorwärts mit Gott!“

Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff